WP-1-079 Kapitel 1: Berlin bleibt lebenswert

Antragsteller*in: LAG Energie
Beschlussdatum: 13.01.2026

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 78 bis 85:
der energetischen Sanierung müssen wir Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit zusammenbringen: Niemand darf dadurch verdrängt werden. ~~Zugleich muss die Sanierungsquote deutlich steigen~~Nichtsdestotrotz brauchen wir mehr Sanierungen. Dafür werden wir Grüne das Förderprogramm „Effiziente GebäudePLUS“ ~~stärken~~wiederbeleben und ein Stufenmodell einführen, das Eigentümer*innen verpflichtet, bei den energetisch schlechtesten Gebäuden zu beginnen. Ziel ist eine faire Kostenverteilung zwischen Vermieter*innen, öffentlicher Hand und Mieter*innen ~~sowie die Abschaffung~~anstelle der bisherigen Modernisierungsumlage. Wir setzen uns für eine entsprechende Bundesratsinitiative ein. Auf Landesebene prüfen wir zusätzliche Entlastungen für Mieter*innen bei Sanierungsmaßnahmen. Mieter*innen in unsanierten Häusern dürfen nicht den Kostensteigerungen fossiler Brennstoffe ungeschützt ausgesetzt werden. Das Land Berlin soll insbesondere in Milieuschutzgebieten ambitionierte Sanierungen fördern und Gebäudeeigentümer entsprechend beraten.

Begründung

- Sanierungsquote zu abstrakt für Leser*innen (s. auch Antrag weiter oben)
- "Effiziente GebäudePLUS" wurde abgeschafft und sollte zunächst wieder eingeführt werden
- Die Modernisierungsumlage ist ein Bundesgesetz und sollte entsprechend über eine Bundesratsinitiative adressiert werden
- Aufgrund der Konditionen von Milieuschutzgebieten (Einschränkungen bauliche Modernisierung) drohen hier besonders Kostensteigerung bei steigenden CO2-Preisen und Netzentgelten